



Kulturrat Thüringen e.V. · R.-Breitscheid-Str. 4 · 99423 Weimar

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Weimar, 11.03.2021

Landesgeschäftsstelle
Rudolf-Breitscheid-Straße 4
99423 Weimar
Telefon 03643.45 73 865
Fax 03643.45 73 764
Mobil 0152.056 43 482
Info@kulturrat-thueringen.de
www.kulturrat-thueringen.de

(mündliche Anhörung)

**Betr.: Stellungnahme zum Gesetzesentwurf Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag
über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)
(Gesetzesentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/2555)**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit, Stellung nehmen zu dürfen zur Revision des Rundfunkstaatsvertrages des MDR im Namen der Mitgliedsverbände des Kulturrates Thüringen. Als Präsident des Kulturrates ist es mir eine Ehre, vor dem dafür zuständigen Ausschuss des Landtages für Europa-, Kultur- und Medien-Angelegenheiten kurz Stellung zu dieser überarbeiteten Fassung des Rundfunkstaatsvertrages beziehen zu dürfen.

Meine Damen und Herren – es geht nicht ums Geld.

Die Diskussionen rund um die Rundfunkstaatsverträge in der letzten Zeit, insbesondere in Sachsen Anhalt, haben gezeigt, dass es nicht um eine reine Debatte bezüglich der Erhöhung der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geht, sondern dass wir längst inhaltliche Thematiken haben, die in der gesamtgesellschaftlichen Polarisierung, die wir um uns herum beobachten können, nicht einfach abzutun sind.

Der vorliegende Neuentwurf des Rundfunkstaatsvertrages zwischen den drei Ländern Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zeigt, dass es auch bei den Regelungen rund um den MDR längst nicht mehr nur um die Frage des Proporz, wieviel Programminhalt und welche Gebietskörperschaft, anhand welcher

Mitglieder
Architektenkammer Thüringen,
BDK-Fachverband für
Kunstpädagogik,
Deutscher Bibliotheksverband – LV
Thüringen,
Deutscher Bühnenverein – LV
Thüringen,
Heimatbund Thüringen,
LAG Jugendkunstschulen Thüringen,
LAG Soziokultur Thüringen,
LAG Spiel und Theater in Thüringen,
Landesmusikrat Thüringen,
Landesvereinigung Kulturelle
Jugendbildung Thüringen,
Museumsverband Thüringen,
Thüringer Kulturamtsleiterkonferenz,
Thüringer Literaturrat,
Thüringer Theaterverband,
Verband deutscher
Archivarinnen und Archivare – LV
Thüringen,
Verband Bildender Künstler
Thüringen



Grundlagen der Finanzierung zurückfließen, geht. Die Diskussionen, die wir in Sachsen-Anhalt erlebt haben, beweisen, dass es längst um das Thema Abbildung von gesellschaftlicher Realität geht, wie das so schön in der Präambel des Staatsvertrages formuliert ist, und dass diese Thematik längst auch Steuerungsthema ist.

Meine Damen und Herren – was meine ich mit diesen Aspekten. Ich möchte es Ihnen anhand von zwei Anekdoten verdeutlichen, die die beiden Enden des Spannungsfeldes beschreiben, so wie ich sie in den letzten Jahren erlebt habe.

Die eine Anekdote wird Ihnen allen bewusst vor Augen stehen, sie bezieht sich auf eine Sendung im Westdeutschen Rundfunk unter dem Titel „Die letzte Instanz“; eine Talksendung, die in der öffentlichen Wahrnehmung und Debatte deutlich gezeigt hat wie sehr die Programmacher und auch einige der Teilnehmenden dieses Talkformates strukturell blind sind für Belange dessen, was man in der aktuellen gesellschaftlichen Debatte „strukturellen Rassismus“ nennt. Die Rezeption der Sendung hat eine Eigendynamik gewonnen, die kaum zu überbieten ist. Ein Teil der Rezeption war ein Interview, das der Deutschlandfunk Anfang Februar mit Michel Friedmann führte, und Michel Friedmann nahm in diesem Interview mit dem Deutschlandfunk Bezug auf das Konzept „Desintegriert Euch“ von Max Czollek. Der jüdische Intellektuelle Max Czollek tut im Rahmen seines Buches „Desintegriert Euch“ und im Rahmen verschiedener Debatten-Beiträge kund, dass er den Eindruck hat, dass die Institutionen, auch die kulturellen und medialen Institutionen des Landes, nicht der diversifizierten Realität unserer Gesellschaft entsprechen und deswegen strukturell blind für Belange und Bedürfnisse dieser diversifizierten Gesellschaft sind, und er sagt, dass zwar die Rede davon ist, dass das geändert werden müsse, dass diese Änderungen allerdings nicht stattfinden, und wenn sie nicht stattfinden, dann sei es an den Gruppen, in seinem Falle den migrantischen Selbstvertretungen, die Kontrolle über diese öffentlichen Institutionen ihrerseits zu übernehmen und nicht weiter an Integrationsparadigmen mehr zu glauben, die für sie offensichtlich nicht gelten. Herr Friedmann hat im Interview gegenüber dem Deutschlandfunk dieses Konzept von Max Czollek hervorgehoben und verdeutlicht, dass er versteht, was Max Czollek mit dieser radikal anmutenden Forderung meint.

Meine Damen und Herren, ich kann mich dieser Wahrnehmung anschließen.

Das andere Ende des Spektrums beschreibe ich Ihnen mit einer zweiten Anekdote, die sich auf einen Vorfall bezieht, der einige Jahre länger zurückliegt, aber deswegen nicht weniger aktuell ist. Es geht



dabei um die Rezeption des Öffentlich-Werdens des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds im Rahmen eines Beitrags der Autorin Güner Balci für das ZDF-Format „Aspekte“. Im November 2011, als die Terrorzelle und der Kern des sog. NSU-Komplexes bekannt wurden, produzierte das ZDF einen Beitrag mit einem indischen Autoren Namens Steven Uhly, der nach Jena-Paradies kam, am Bahnhof ausstieg und einmal quer durch die Stadt zu einem Dönerstand lief, sich dort mit dem Dönerverkäufer unterhielt und wieder zurück zum ICE am Bahnhof Jena-Paradies eilte, wieder einstieg und zurück fuhr. Der Beitrag begann mit einer Aufnahme des Bahnhofschildes „Jena-Paradies“, und die ersten zwei Sätze lauteten sinngemäß: Jena-Paradies – kein Paradies für Ausländer, der Beginn der ostdeutschen Angstzone. Der Beitrag war unterlegt mit einem Guido-Knopp-artigen Basston. Dieser Beitrag ist in der stadtgesellschaftlichen Wahrnehmung der Jenaer und Jenenser und darüber hinaus sehr kontrovers aufgegriffen worden. Er wurde sehr schnell unter dem Vorzeichen einer vorurteilsbehafteten Verurteilung ostdeutscher Bevölkerungsteile diskutiert, so wie wir diese Debatten in verschiedenen anderen Kontexten in den letzten Jahren alle kennen. Diese Debatten, die sich auch erheblich zugespitzt haben seitdem. Der Beitrag hat letztlich dazu geführt, dass der verantwortliche Redakteur beim ZDF seine Rundfunkkarriere nicht fortsetzen konnte. Es ist zu einer Podiumsdiskussion in Jena gekommen. Das Ganze wurde vor den zuständigen Rundfunkrat des ZDF thematisiert, und es führte zu einigen weitreichenden Personalentscheidungen interner Natur.

Während die Anekdote rund um die WDR-Sendung „Die letzte Instanz“ und deren Rezeption das eine Ende des Spannungsfeldes zeigt, ein Spannungsfeld, das beweist, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen sich in der medialen Realität, wie sie im Fernsehen unseres Landes gespiegelt wird, nicht mehr wiederfinden, spiegelt die andere Anekdote in Bezug auf den Beitrag im ZDF wieder, wie sehr diese Wahrnehmung auf eine zugespitzte Art und Weise auch wieder zu einem Verrutschen der Wahrnehmung anderer Bevölkerungsteile führen kann.

Meine Damen und Herren – was will ich damit verdeutlichen?

Wir haben ein Spannungsfeld, dessen Pole sich beschreiben lassen an einem Ende mit dem Anspruch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, finanziert durch den Staat und durch die Bürger des Staates, möglichst viele Menschen und eine breite Zahl von Zielgruppen diverser Art und Weise über alle Schichten der gesellschaftlichen Gruppen hinweg zu erreichen und das auch mit populär wirksamen



Mitteln zu tun, die bis an die Grenze des Infotainments reichen. Andererseits ist dieser öffentliche Auftrag immer verbunden mit der Pflicht zu journalistischer Sorgfalt, Ausgewogenheit und Neutralität. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich das Handeln des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, und unser Eindruck als Kulturrat Thüringens besteht darin, dass die beiden Pole und Enden dieses Spannungsfeldes nicht immer in allen Phasen der Steuerung des öffentlichen Rundfunks genügend Berücksichtigung finden und das auch auf einer strukturellen Ebene der Fall ist.

Auf der strukturellen Ebene sollten, und das ist unsere Meinung, das ist unsere Stellungnahme an dieser Stelle, alle drei beteiligten Länder noch einmal auf die Steuerungsinstrumente, insbesondere durch Zusammensetzung der beiden zuständigen Räte, des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates, schauen und sich vor allem mit der Frage befassen, wie hier Beteiligungsmechanismen einerseits von Bevölkerungsgruppen, die sich nicht berücksichtigt fühlen und Kontrollmechanismen andererseits im Sinne der journalistischen Qualitätssicherung gewährleistet werden können.

Diese beiden Aspekte entlang der von mir beschriebenen beiden Polaritäten müssen auch im Rundfunkstaatsvertrag noch stärkere Berücksichtigung finden. Wir regen deswegen an, diesen Vertrag in der vorliegenden Form noch nicht zu unterzeichnen, zu ratifizieren, sondern mit einem Moratorium Zeit zu gewinnen, um die komplexen, sich polarisierenden und sich diversifizierenden gesellschaftlichen Debatten, die wir in unserer Stellungnahme angedeutet haben, noch stärker berücksichtigen zu können.

Vielen Dank meine Damen und Herren.

Das Präsidium des Kulturrats Thüringen

Präsident